

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 401 - Allgemeine Dienste
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Stefan Schrenke 563-6826 563-8030 stefan.schrenke@stadt.wuppertal.de
	Datum:	22.02.2013
	Drucks.-Nr.:	VO/0192/13/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
26.02.2013	Ausschuss für Finanzen und participationssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH / KIJU	Entgegennahme o. B.
Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2013 - Rundfunkbeitrag der Stadt		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2013

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss nimmt die Antworten der Verwaltung ohne Beschluss entgegen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

1. Wie hat die Stadt die Zahl 25000 € für die Erhöhung ermittelt?

Die Verwaltung rechnet auf Basis eigener Ermittlungen (Anzahl der Betriebsstätten, Mitarbeiter und Kraftfahrzeuge) mit einem Gesamtbeitrag in Höhe von ca. 67.100 € für das Jahr 2013 (inkl. Eigenbetriebe und Schulen). Die bisherige Höhe der GEZ-Gebühren betrug demgegenüber ca. 41.600 €. Daraus ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von ca. 25.000 €.

2. Bleibt die Verwaltung bei Ihrer Absicht, die Erhöhung zu akzeptieren?

Der Verwaltung liegt bisher keine Rechnung des Beitragsservice (ehemals GEZ) für das Jahr 2013 vor. Insofern kann die Frage derzeit noch nicht beantwortet werden.

Zurzeit finden Gespräche zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit dem Ziel statt, gemeinsame Lösungen für eine geräteunabhängige, pauschalierte Beitragsbemessung zu finden. Die Verwaltung wird sich mit ihrer abschließenden Entscheidung an den Empfehlungen der Kommunalen Spitzenverbände orientieren.

3. Die Stadt Köln hat inzwischen entschieden, nur die Summe von 2012 zu bezahlen. Wird die Wuppertaler Verwaltung dem Beispiel folgen?

Die Frage stellt sich zz. nicht (siehe Antwort zu Frage 2).

4. Hält die Verwaltung es für richtig, dass die Stadtverordneten die Informationen zunächst der Tageszeitung entnehmen und von der Verwaltung nicht direkt informiert werden ?

Hier handelt es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Demografie-Check

Der Inhalt dieser Drucksache ist für den Demografie-Check nicht relevant.